

Miete 50 Prozent zu hoch trotz Mietpreisbremse

Deutscher Mieterbund stellt Studien zu Mietpreisen vor

hw. BERLIN, 12. September. Die Mietpreisbremse bremst die Mietpreise nicht. Zu diesem Schluss kommen Untersuchungen im Auftrag des Deutschen Mieterbunds (DMB). Demnach liegen in den Städten Berlin, Frankfurt, München und Hamburg die Mieten trotz Mietpreisbremse zwischen 30 und 50 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Damit erhöht die Mietervereinigung den Druck auf die Koalition, die vor einem Jahr in Kraft getretene Regelung zu verschärfen.

„Die Mietpreisbremse wirkt bei weitem nicht so wie von uns erhofft“, resümierte der Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten, in Berlin. „Offensichtlich werden die gesetzlichen Regelungen von vielen Vermietern ignoriert.“ Die Regelung bewirke „keine nennenswerten Unterschiede“. Der Verbund monierte, dass nur wenige Mieter die Konfrontation mit ihrem Vermieter suchten. Deshalb fordert der DMB unter anderem eine Pflicht für Vermieter, die zuvor verlangte Miete anzugeben.

In den Städten, die bereits von der Mietpreisbremse Gebrauch gemacht haben, darf die Miete bei der Wiedervermietung einer Wohnung eigentlich nur 10 Prozent

über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Deren Höhe lässt sich dem Mietspiegel entnehmen. Der Gesetzgeber erlaubte jedoch Ausnahmen. Im Nachgang von Modernisierungen oder bei Neubauten darf die Miete höher liegen. Mieten, die vor Inkrafttreten der Mietpreisbremse bereits über der Grenze lagen, müssen zudem nicht abgesenkt werden. Letzteres berücksichtigen die Untersuchungen der Regio-Kontext und des Vereins Institut für soziale Stadtentwicklung jedoch nicht. Ihre Zahlen stammen vom Wohnungsportal Immobilienscout24. Ob eine hohe Vormiete den hohen Mietzins möglicherweise rechtfertigt, lasse sich nicht klären, teilte der DMB mit.

Eine solche Nachbesserung stimmt Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) derzeit mit den anderen Ressorts ab. Die Union hatte bereits im Juni signalisiert, dass sie sich eine Nachbesserung vorstellen könnte, wenn dies den Mietern helfe, ihre Rechte wahrzunehmen. Der Präsident des Eigentümerverbands Haus & Grund, Kai Warnecke, warf der Koalition dagegen vor, sie stelle Millionen Vermietern unter „Generalverdacht“. Das Problem sei vielmehr eine verfehlte Wohnungspolitik.